

Medienmitteilung

Neuste Umfrageresultate zur Kernenergie

Kernkraftwerke sind notwendig und sollen so lange laufen, wie sie sicher sind

Olten, 17. Januar 2014. Für die Mehrheit (64%) der Schweizer Bevölkerung sind die bestehenden Kernkraftwerke notwendig für die Stromversorgung der Schweiz. Dies zeigt die neuste Umfrage, die das Marktforschungsinstitut Demoscope im Auftrag von swissnuclear im Oktober 2013 durchgeführt hat. Noch mehr, nämlich knapp 70%, finden, die Kernkraftwerke sollen so lange betrieben werden, wie sie sicher sind. Drei Viertel der Befragten sind von der Sicherheit der Schweizer Kernkraftwerke überzeugt.

Zum 14. Mal in Folge führte das Marktforschungsinstitut Demoscope im Auftrag von swissnuclear eine breit abgestützte, repräsentative Befragung durch. An der Umfrage nahmen 2200 Personen aus der Deutsch- und Westschweiz sowie aus dem Tessin teil. Ziel der jährlichen Umfrage ist, die Grundstimmung der Schweizerinnen und Schweizer bezüglich der Kernenergie zu messen.

Eine solide Mehrheit der Befragten bestätigt den Nutzen der Kernenergie: Dass es die Schweizer Kernkraftwerke (KKW) braucht, ist seit Beginn der Erhebungen im Jahre 2001 unbestritten, mit 64,3% liegt die aktuelle Beurteilung im langjährigen Mittel und ist rund 3% höher als im Vorjahr. Gut 62% der Schweizer sind vom Preisvorteil der Kernenergie überzeugt. So will denn auch eine wachsende Mehrheit die Vorteile der Kernenergie möglichst lange nutzen und erteilt der politischen Diskussion nach einer Befristung der Laufzeiten eine klare Absage: 68 % finden, dass die KKW so lange laufen sollen, wie sie sicher sind (Vorjahr 62,1%).

Dass die Schweizer KKW sicher sind, davon sind denn auch drei Viertel der Befragten überzeugt (Vorjahr: 74,2%). Die Öffentlichkeit anerkennt damit das hohe Sicherheitsniveau der Schweizer KKW, das konstanten technischen Verbesserungen und vorausschauender Modernisierung durch die Betreiber zu verdanken ist.

Nach wie vor wenig erkannt wird die Klimafreundlichkeit der CO₂-armen Kernenergie. Nur 41,9% der Befragten sind der Ansicht, dass die bestehenden Kernkraftwerke das CO₂-Problem in unserer Umwelt vermindern. Andere Länder sind hier weiter. So profitiert die Kernenergie zum Beispiel in den USA und in England von den gleichen Fördermechanismen wie andere CO₂-arme Technologien. Ein Vorgehen, welches durch die Bevölkerung auf breiter Front mitgetragen wird.

Insgesamt zeigt die aktuelle Umfrage eine positive Grundhaltung der Bevölkerung zur Kernenergie. Die im Nachgang zu Fukushima erfolgte Kehrtwende der Politik in der Kernenergiefrage in Deutschland und der Schweiz wird vom Schweizer Volk wenig getragen. Zwar sind die Befragten offen für Alternativen, aber nicht um jeden Preis: 73% wollen, dass der Strom auch in Zukunft in der Schweiz erzeugt wird (Vorjahr: 75%). Für 88% der Befragten ist klar, dass die Energiewende die Versorgungssicherheit nicht gefährden darf (Vorjahr 84%), für 78% dürfen die Pläne des Bundes zu keiner grösseren Abhängigkeit vom Ausland führen. Und wie schon 2012 wollen 58% den bestehenden Strommix von Wasser und Kernenergie beibehalten, wenn Kosten und Auswirkungen der Energiewende unklar sind. Angesichts dieser klaren und deutlichen Vorstellungen zur

Stromzukunft überrascht es nicht, dass 78% der Schweizerinnen und Schweizer über Energiewende und Atomausstieg an der Urne abstimmen möchten.

Für weitere Auskünfte: Patrick Jecklin, Leiter Kommunikation swissnuclear, Tel. 062 205 20 10, patrick.jecklin@swissnuclear.ch.

swissnuclear ist die Fachgruppe Kernenergie der swisselectric (www.swisselectric.ch). swissnuclear setzt sich aus Vertretern der schweizerischen Stromverbundunternehmen Alpiq, Axpo, BKW und CKW zusammen. Sie engagiert sich für den sicheren und wirtschaftlichen Betrieb der Kernkraftwerke in der Schweiz. Die Mitglied-Unternehmen betreiben die Schweizer Kernkraftwerke Beznau, Gösgen, Leibstadt und Mühleberg, die rund 40% des Strombedarfs der Schweiz produzieren. Mit der Zwiilag und der Nagra sind die Mitglied-Unternehmen an Gesellschaften beteiligt, die sich für eine umwelt- und sachgerechte Entsorgung der radioaktiven Abfälle einsetzen.